

Familienpolitik macht glücklicher?

Verena Herzog, Kantonsrätin, designierte Nationalrätin, Frauenfeld

„Familienpolitik“ der Zukunft: Gegenseitige Verantwortung der Generationen statt anonyme Obhut des Staates

Die kleinste und bedeutungsvollste Zelle der Gesellschaft ist und bleibt die Familie. Die Familie und eine liebevolle, konsequente Erziehung sind das entscheidende Fundament für die gesunde körperliche, geistige und seelische Entwicklung des Kindes. Kinder brauchen Liebe, Nähe, Zeit und die Präsenz einer engen Bezugsperson, mindestens während der ersten drei bis fünf Lebensjahre, die absolut prägend sind. Sich Zeit zu nehmen und Zuwendung zu schenken ist die beste Investition in das gelingende Leben der Kinder. Wer seine Kindheit so erleben darf, wird es den Eltern immer danken. Familie macht effektiv glücklicher – und zwar sowohl die Kinder als auch die Eltern! Im Alltag prägen Vorbilder die Kinder. Fehlen Eltern als gute Vorbilder, sucht das Kind andere Idole, oft via Medien. Kürzlich war ja in der „Thurgauer Zeitung“ zu lesen, dass heute in Romanshorn jeder dritte Erstklässler in seinem Zimmer über einen eigenen Fernseher verfügt – eine Katastrophe für die Entwicklung vieler Kinder. Und obendrein eine Verantwortungslosigkeit der Eltern! Eltern tragen Verantwortung für ihre Kinder - Kinder tragen später wiederum Verantwortung für ihre Eltern, das muss ein Grundsatz einer modernen Familienpolitik sein!

Und was ist die Aufgabe der Politik?

Sie ist verantwortlich für die innere, die äussere und die soziale Sicherheit. Sie ist verantwortlich nicht nur für das Jetzt, sondern ist gefordert, weitsichtige Entscheide zum Schutz und zur Förderung der Familie zu fällen.

Vieles läuft heute falsch. Staatliche Förderung und einseitige steuerliche Entlastungen der Fremdbetreuung benachteiligen fast durchwegs die traditionelle Familie, die in Eigenverantwortung für ihre Kinder und weitere Familienangehörige da ist und mehrheitlich auf ein Zweiteinkommen verzichtet.

In den letzten Jahren wurde einseitig vieles unternommen für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Angebot der Krippenplätze wurde massiv ausgebaut, Tagesschulangebote wurden eingerichtet, die Mutterschaftsversicherung installiert. Gleichzeitig werden die Sozialwerke ausgehöhlt. Machen wir so weiter, haben auch in der Schweiz kommende Generationen das Nachsehen.

Ich will eine echte, zukunftsweisende Familienpolitik,

- welche die Familien motiviert, ihre schönste und wichtigste Aufgabe in Eigenverantwortung wahrzunehmen.
- welche Eltern in ihrer Erziehungsarbeit auch mit Elternbildung unterstützt - im Gegensatz zu den anderen klassischen Berufen muss der Beruf der Elternschaft ja nach wie vor ohne spezielle Ausbildung auskommen.
- welche Familien, die in Eigenverantwortung ihre Kinder selbst erziehen, fördern und betreuen und auf ein Zweiteinkommen verzichten, nicht länger steuerlich benachteiligt.

Wird für Eigen- und Fremdbetreuung nicht der gleiche Steuerabzug gewährt, wird, unter dem Deckmantel sogenannter Familienpolitik, eine bestimmte Ideologie verfolgt.

- Die SVP will den gleich hohen Steuerabzug für Eigen- und für Fremdbetreuung. Dies ist auch das Ziel der Familieninitiative, die hoffentlich bald einmal zur Abstimmung kommt.

Genau in die falsche Richtung geht der neue Bundesbeschluss über die Familienpolitik, über den im kommenden März abgestimmt wird. Der neue Verfassungsartikel 115a baut die Bundeskompetenzen im Bereich der Familienpolitik massiv aus und schafft neue Förderungs- und Finanzierungsverpflichtungen. So werden mit dem neuen Verfassungsartikel in Zukunft Kitas- und Tagesstrukturen durch den Bund zwingend zu fördern sein, obwohl solche Institutionen heute auch auf privatwirtschaftlicher Basis auf Gemeindeebene sehr gut funktionieren. Die Eigenverantwortung wird einmal mehr massiv geschwächt. Gravierend ist auch die Formulierung des Artikels, weil der Inhalt der verpflichtenden Förderungskompetenz von Bund und Kantonen nicht näher definiert wird. Absehbar ist deshalb der sozialstaatliche Wunschkatalog. Es ist unverantwortlich von Bundesrat und Parlament, vor dem Hintergrund einer unsicher gewordenen Altersvorsorge, jetzt mit solchen Verfassungsartikeln in anderen Bereichen neue finanzielle Verpflichtungen zu generieren. Die SVP-Bundesfraktion hat den neuen Bundesbeschluss einstimmig abgelehnt. - Dasselbe empfehle ich. Denn ich fühle mich als Politikerin nicht nur verantwortlich für das Jetzt, sondern auch für eine sichere Zukunft der nächsten Generationen.

Zusammengefasst: Ich will eine Politik, welche Familien, die Eigenverantwortung im Rahmen ihrer Möglichkeiten wahrnehmen und leben, die verdiente Wertschätzung entgegenbringt und mindestens steuerlich entlastet. Ich will grundsätzlich eine Politik, welche die Familie in ihrem Grundwesen schützt und stärkt, weil ich überzeugt bin, dass ein echtes Familienleben glücklicher macht und damit die Gesellschaft nachhaltig stärkt.